

11. Resümee

In Rahmen dieser Studie wurde herausgearbeitet, dass Jugendliche sich mit ihren Wünschen und Interessen in der etablierten Politik nicht bzw. nur in geringem Maße anerkannt fühlen. Die hier interviewten 11- bis 18-Jährigen äußern ein großes Misstrauen gegenüber den Repräsentanten der Erwachsenenpolitik. Sie haben den Eindruck, häufig von den Politikern betrogen zu werden und sie sind der Meinung, dass ihre Probleme und Wünsche in der Politik kaum Berücksichtigung finden. Nicht zuletzt wegen der "zähen" Strukturen etablierter Politik sehen sie für sich wenig Möglichkeiten, ihre Interessen hier wirksam einbringen zu können. Der Eindruck, keine ausreichende Anerkennung in der Politik der Erwachsenen zu finden, gepaart mit dem Gefühl der Ohnmacht gegenüber politischen Machtstrukturen führt bei ihnen – trotz des durchaus vorhandenen Interesses an politischen Themen – zu einer Distanzierung von der Politik.

Die Interviewten beschreiben sich als Fremde im politischen System. Zum einen sind sie von grundlegenden Rechten zur politischen Beteiligung ausgeschlossen, zum anderen fühlen sie sich in ihren von der Generation der Erwachsenen differierenden Vorstellungen nicht oder kaum beachtet. Eine 13-jährige Interviewpartnerin fordert, dass sich Politiker stärker um Jugendliche "*kümmern*" sollten und gibt damit ihren Wünschen nach Fürsorge Ausdruck. Eine Fürsorgebeziehung kann aber streng genommen nur dort bestehen, wo eine Person, "zur Teilnahme an praktischen Diskursen physisch oder psychisch nicht in der Lage" (Honneth 2000, 170) ist; sie schließt eine symmetrische Interaktion zwischen gleichberechtigten Interaktionspartnern, wie sie im politischen Raum vorausgesetzt wird, weitgehend aus. An diesem Beispiel zeigte sich die Notwendigkeit in Bezug auf die politische Partizipation Jugendlicher zwischen dem Bereich der Politik und dem der Pädagogik zu unterscheiden, was dann exemplarisch am Thema der Partizipation im Jugendparlament näher ausgeführt wurde. Auf die von ihnen diagnostizierte Missachtung im politischen Bereich reagieren die Interviewten zum Teil mit Gefühlen wie Wut, Empörung und Frustration. Im Kontext dieser Studie wurde gezeigt, dass die in den Interviews beschriebene Erfahrung, in der konventionellen Politik

keine ausreichende Anerkennung zu erhalten, als typisches Schlüssel-erlebnis Jugendlicher bezeichnet werden kann. (Vgl. Kap. 9.1.3)

Auf Basis dieser Ergebnisse mag es nicht erstaunen, dass die Interviewten, ihre Motivation, sich mit der konventionellen (Erwachsenen-) Politik zu befassen, als wenig selbstbestimmt beschreiben. Wie in Kapitel 9.2.1 ausgeführt wurde, ist ein effektiver Lernprozess "auf intrinsische Motivation und/oder integrierte Selbstregulationen angewiesen" (Deci/Ryan 1993, 233), und diese Formen der Motivation können nur erreicht werden, wenn das natürliche Bestreben einer Person, sich als Mitglied der sozialen Umwelt zu erleben, erfüllt wird. Um dies zu verdeutlichen, möchte ich eine bereits zitierte Aussage Decis und Ryans ins Gedächtnis gerufen: "Im Bemühen, sich mit anderen Individuen verbunden zu fühlen und gleichzeitig eigene Handlungen autonom zu bestimmen, übernimmt und integriert eine Person also Ziele und Verhaltensnormen in das eigene Selbstkonzept. Voraussetzungen dafür sind Angebote und Anforderungen in einem akzeptierenden sozialen Milieu [...]." (Ebd., 227) Dieses Milieu finden die Interviewten nach eigenen Aussagen im Bereich der Politik nicht vor. Will man Jugendliche also motivieren, sich mit politischen Entscheidungsprozessen zu befassen, was auch impliziert, dass sie sich die nötigen Informationen beschaffen, wäre es erforderlich, ihnen die Identifikation mit dem politischen Bereich zu erleichtern und dies dürfte nur gelingen, wenn junge Leute im politischen Bereich als Subjekte mit spezifischen Vorstellungen anerkannt werden. Es liegt nahe, dass dies nur erreicht werden kann, wenn ihre Interessen hier einen Artikulationsrahmen bekommen, d.h. wenn sie altersangemessene Mitwirkungsmöglichkeiten erhalten. Ansonsten erleben sie die politische Sphäre als fremden und abstrakten Raum, der ihr Selbst nicht tangiert.

Die Interviewten zeigen ein vergleichsweise großes Interesse für politische Themenbereiche, welche die Risiken des technischen Fortschritts sowie die Sicherung zukünftiger Lebensbedingungen betreffen und in Verbindung damit eine gewisse Sympathie für ein politisches Engagement im Rahmen der neuen sozialen Bewegungen. In diesem Zusammenhang kam zum Ausdruck, dass bei Jugendlichen eine Affinität für eine Auseinandersetzung über "Angstthemen" festgestellt werden kann. Luhmann bezeichnet diese Art der Kommunika-

tion als "Angstkommunikation", eine Kommunikation, die auf einem gemeinsamen Interesse der Angstminderung basiert. (Vgl. Luhmann 1990, 238) Hier wurde deutlich, dass junge Leute einen eher emotionalen Zugang zu politischen Themenbereichen haben. Sie nähern sich der Politik – gemäß ihrer kognitiven moralischen Entwicklung (vgl. Kap. 4) – eher über eine Auseinandersetzung mit ihren Sorgen um die Zukunft und weniger über eine Orientierung an abstrakten Gerechtigkeitsprinzipien.

Auf Basis der Interviewaussagen konnten unter Einbeziehung der Überlegungen Honneths drei Formen verweigerter Anerkennung identifiziert werden, erstens die Ausschließung von grundlegenden Rechten zur politischen Partizipation sowie der Betrug als spezifische Form der Ausschließung, zweitens die Herabsetzung als Personen mit spezifischen Vorstellungen und Interessen und drittens der Mangel an Fürsorge. Diese drei Formen der Anerkennung (Recht, Solidarität, Liebe) bilden – wie Honneth darlegt – die zentrale Basis für das Zusammenleben in demokratischen Gesellschaften. Idealerweise erfährt sich eine Person in lebensgemeinschaftlichen Nahbeziehungen geliebt, als Rechtsperson, das bedeutet als Subjekt, welches fähig ist, autonom aus vernünftiger Einsicht zu handeln, geachtet und als Angehöriger oder Angehörige einer Gruppe geschätzt. Wird Subjekten die von ihnen erwartete primäre, rechtliche und soziale Anerkennung verweigert, erfahren sie eine Verletzung des positiven Verständnisses ihrer selbst – ein Verständnis, das sie "auf intersubjektiven Wegen erworben haben." (Honneth 1998, 212) Honneth bezieht sich hier allerdings nicht auf die Rolle von Jugendlichen, sondern auf Erwachsene, die für sich grundsätzlich den Anspruch erheben können als freie und gleiche Bürger anerkannt zu werden, während es bei Jugendlichen zum Teil fraglich ist, inwieweit sie sich als gleichberechtigte politische Akteure und Akteurinnen auffassen lassen und inwieweit sie pädagogischer Flankierungen bedürfen, um sich adäquat an politischen Entscheidungen beteiligen zu können. (Vgl. Danner 2000 u. Zeiher 1996a) Hier wäre also die Frage zu stellen, in welchem Maße Jugendliche der pädagogischen Unterstützung bedürfen, also einer Form der Fürsorge, die wie bereits erwähnt, im politischen Bereich, der ja auf der Interaktion gleichberechtigter InteraktionspartnerInnen beruht, so gut wie keinen Raum hat.

Auf Basis des im Kontext dieser Studie entfaltenen Spannungsfeldes zwischen Politik und Pädagogik zeigte sich eine mit der Honneth'schen Dreiteilung der Anerkennungstypen verknüpfte Problematik: Eine gelungene politische Beteiligung Jugendlicher, zum Beispiel in einem Jugendparlament, setzt voraus, dass junge Leute auf allen drei Ebenen geachtet werden. Sie bedürfen der Fürsorge und pädagogischen Unterstützung, der Achtung ihrer individuellen Autonomie und der Erfahrung der Solidarität. Auch wenn Jugendliche nicht als den Erwachsenen gleichgestellte politische Akteure bzw. Akteurinnen zu betrachten sind, ist demnach eine Haltung des moralischen Respekts ihnen gegenüber grundlegend für das Funktionieren einer jeglichen sozialen Interaktion. Insofern bildet das moralische Prinzip der wechselseitigen Anerkennung die zentrale Basis sozialer Beziehungen. (Vgl. dazu Horster 1999, 275 ff.)

Nach Honneth kann erlebte Missachtung zum Movens eines Kampfes um Anerkennung werden, wenn die betroffenen Subjekte dafür eine angemessene Artikulationsmöglichkeit, etwa in einer sozialen Bewegung finden. Das Beteiligungsmodell Jugendparlament, das sich ja allein schon durch seine relative Verfasstheit von den neuen sozialen Bewegungen unterscheidet, kann einen solchen Rahmen – wie die Befunde dieser Arbeit belegen – nur in einem eingeschränkten Maße bieten. So sehen sich die Interviewten hier teilweise mit ähnlichen Prozessen mangelnder Wertschätzung konfrontiert wie in der konventionellen Politik. Sie stellen heraus, dass sie im Hinblick auf ihre Tätigkeit in dem Jugendgremium wenig Beachtung durch die Kommunalpolitik finden, dass sie sich oftmals von den Politikern getäuscht und von den im Parlament agierenden Erwachsenen dominiert fühlen. Die Parlamentssitzungen beschreiben sie in der Regel als bürokratisch, langweilig, kalt und ernst. In Einzelnen zeigt sich dies daran, dass dem Parlament aus Sicht besonders der älteren Interviewten – der ab 15-Jährigen – eher der Charakter eines Theaterspiels, das politische Mitbestimmung simuliere, zukommt als der einer realen Möglichkeit zur Partizipation. Dies basiere unter anderem darauf, dass die Durchsetzung der Parlamentsbeschlüsse letztlich von den Entscheidungen der erwachsenen Politiker in den kommunalpolitischen Gremien abhängen. Ebenfalls vor allem die älteren Jugendlichen vertreten die Meinung, dass die Kommunalpolitiker und die im Par-

lament agierenden Erwachsenen das Partizipationsmodell zum Teil instrumentalisieren würden, um ihr persönliches, politisches und berufliches Image aufzubessern. Bei ihnen tritt deutlich die Enttäuschung darüber zutage, dass ihren Erwartungen nach Wertschätzung im Parlament nicht entsprochen wurde, eine Enttäuschung, die sich in Gefühlen wie Ärger und Frustration ausdrückt und die in der Regel zu einer Distanzierung vom Jugendparlament führt. Dies äußert sich unter anderem darin, dass in erster Linie ältere Abgeordnete vor Ablauf ihrer zweijährigen "Amtszeit" aus dem Parlament ausgetreten sind.

Allerdings wurde am Beispiel der Aussagen Julians (17) und Lorenz' (17) auch deutlich, dass die älteren Abgeordneten im Parlament durchaus auch positive Erfahrungen gemacht haben. Die beiden Jugendlichen legen dar, dass sie durch ihr Engagement "*mehr Macht*" und Einfluss im politischen Bereich erlangen könnten und dies hat sie – wie die empirischen Befunde dieser Studie nahe legen – offenbar motiviert, für eine rechtliche Gleichstellung des Parlaments mit dem Wittinger Stadtrat bzw. für eine allgemeine Ausweitung (zusammen mit Jugendlichen aus anderen Regionen) des politischen Einflusses von Jugendparlamenten einzutreten.

Die empirische Analyse zeigt weiterhin die Relevanz des sozialen Umfeldes hinsichtlich der Wertschätzung der Mitarbeit der Interviewten im Jugendparlament. Während das Engagement in dem Jugendgremium im Elternhaus und in der Schule auf vergleichsweise große Wertschätzung stößt, wird es von Gleichaltrigen nach Auskunft der Abgeordneten nur in geringem Maße geachtet. Die Jugendlichen heben aber auch hervor, dass das Engagement im Parlament sie zu etwas Besonderem macht, das sie von anderen Gleichaltrigen unterscheidet (vgl. Todorov 1998, 98), etwa, wenn sie betonen, dass ihnen von ihren Mitschülern und Mitschülerinnen die Kompetenz zugesprochen wird, sich stellvertretend für die Interessen Jugendlicher einzusetzen, oder auch, wenn zum Beispiel Kyra (15) und Silke (18) der Interviewerin signalisieren, dass sie sich durch ihr Engagement von den "unpolitischen" Jugendlichen in der Gleichaltrigengruppe unterscheiden.

Die Befunde dieser Untersuchung legen zudem nahe, dass das Parlament vor allem für die jüngeren Abgeordneten – die etwa 11- bis 14-Jährigen – durchaus ein geeigneter Artikulationsrahmen sein kann, um eigene Interessen in den Bereich der Politik einzubringen, und

dass gelungene Anerkennung den moralischen, persönlichen und politischen Bildungsprozess befördern kann. Vor allem bei den jüngeren Interviewten wurde deutlich, dass die ihnen im Jugendparlament eingeräumte Möglichkeit der Mitsprache sich positiv auf ihr Selbstwertgefühl ausgewirkt hat und dies einen Ausdruck in einem gesteigerten Engagement für die Belange von Gleichaltrigen findet. Die Erfahrung, sich als wertvoll für die Gemeinschaft zu erleben, scheint besonders für die jüngeren Abgeordneten so etwas wie eine "Sensation" zu sein, für die sie sogar die als langweilig empfundenen Parlamentssitzungen in Kauf nehmen.

Die Ergebnisse dieser Studie zeigen aber auch, dass die jüngeren Abgeordneten Schwierigkeiten haben, sich gegen die von ihnen wahrgenommenen Missstände, wie die verbale Dominanz von Erwachsenen in den Parlamentssitzungen, zur Wehr zu setzen. Will man verhindern, dass die Jüngeren sich in den Sitzungen als ohnmächtig erleben und verstummen, bedarf es ganz offensichtlich geeigneter pädagogischer Flankierungen durch entsprechend ausgebildete Erwachsene.

In diesem Kontext wurde einmal mehr die Notwendigkeit deutlich, im Hinblick auf die politische Partizipation von Jugendlichen zwischen dem Bereich der Pädagogik und dem der Politik zu differenzieren. Fasst man die Abgeordneten als politische Akteure und Akteurinnen auf, so befinden sie sich nicht mehr in einem pädagogischen Schonraum, sondern sie agieren als den Erwachsenen formal gleichberechtigte Subjekte. Dies kann bei Interessenskonflikten zu einem Machtkampf führen, den vor allem die jüngeren Jugendlichen allein schon auf Grund ihrer geringeren rhetorischen Fähigkeiten in der Regel verlieren werden. Auf Basis dieser Überlegungen zeichnet sich ein mit den unterschiedlichen Zielen des Beteiligungsmodells Jugendparlament zusammenhängendes Paradox ab. Um überhaupt die Möglichkeit zu haben, in einem solchen Machtkampf potenziell gleichberechtigter Akteure und Akteurinnen bestehen zu können, bedarf es also zunächst der nötigen subjektiven Voraussetzungen, welche die Abgeordneten dem Bildungsanspruch des Jugendparlaments zufolge hier auf der einen Seite erst erwerben sollen, über die sie aber auf der anderen Seite gemäß dem Ziel der politischen Partizipation bereits verfügen müssten.

Pädagogik setzt ein asymmetrisches Verhältnis voraus, auch wenn sie darauf abzielt diese Asymmetrie aufzuheben. Politik basiert dagegen dem Anspruch nach auf einer symmetrischen Beziehung gleichberechtigter InteraktionspartnerInnen. Auf Grundlage der qualitativen Analyse lässt sich zeigen, dass die älteren Interviewten in der Regel eine symmetrische Interaktion im Parlament erwartet haben und dass diesen Erwartungen aus ihrer Sicht nicht entsprochen wurde. Dies stößt bei ihnen auf Empörung und Frustration. Sie fühlen sich von denjenigen, die ihnen "echte" politische Teilnahme in Aussicht gestellt haben, betrogen. Gleichzeitig gehen sie davon aus, dass die jüngeren Abgeordneten diesen Betrug nicht durchschauen. Deutlich wird daran auch, dass nicht nur eine generationsbedingte Distanz zwischen den im dem Jugendgremium agierenden Erwachsenen und den jugendlichen Mitgliedern des Parlaments besteht, sondern auch zwischen den älteren und den jüngeren Abgeordneten des Gremiums. So ist bei den Älteren eine starke Tendenz zu beobachten, sich von den Jüngeren abzugrenzen. Im Grunde genommen ist das Beteiligungsmodell Jugendparlament beiden Altersgruppen nicht ganz gerecht geworden. Die Jüngeren hätten oftmals einer noch stärkeren pädagogischen Unterstützung bedurft, die Älteren eine stärkere Anerkennung in Form einer symmetrischen Interaktion mit den im Parlament agierenden Erwachsenen und den Kommunalpolitikern. Aus den empirischen Befunden lässt sich ableiten, dass ein zentraler Aspekt für eine gelungene politische Beteiligung von Jugendlichen die Berücksichtigung der altersspezifischen Bedürfnisse ist. Dies kann sich in der Unterscheidung zwischen Mitbestimmung in einem bestimmten eng umgrenzten Bereich, die eher für Kinder und jüngere Jugendliche angemessen ist, oder einer tatsächlichen gleichberechtigten Mitsprache, wie sie eher den Bedürfnissen älterer Jugendlicher entspricht, ausdrücken. Werden die Ebenen nicht deutlich voneinander getrennt, besteht die Gefahr, dass die einen sich überfordert und die anderen sich hintergangen fühlen.

Als "Übungsfeld" für ein späteres Engagement im Rahmen konventioneller Politik wird das Parlament offenbar eher von den männlichen Jugendlichen gesehen. Und auch insgesamt sind die weiblichen Befragten wesentlich skeptischer in Bezug auf ein mögliches politisches Engagement im Erwachsenenalter. So stellen sie wesentlich

stärker als die männlichen Interviewten die Beschränkungen, die sie mit einer politischen Tätigkeit im konventionellen Rahmen verbinden, heraus. Sie fürchten beispielsweise das große Ausmaß an Verantwortung, welches sie mit einer politischen Tätigkeit in Verbindung bringen. Das bedeutet aber nicht, dass die weiblichen Jugendlichen überhaupt kein Interesse an einem späteren politischen Engagement äußern. Britta (13) und Merle (13) können sich beispielsweise vorstellen, später im Rahmen einer sozialen Bewegung aktiv zu sein und Silke (18) möchte sich später eventuell in der Kommunalpolitik engagieren. Insgesamt präferieren die Mädchen stärker ein politisches Engagement im sozialen Nahbereich als die Jungen.

Diese Befunde unterstreichen Ergebnisse der politik-, sozialwissenschaftlichen und sozialpsychologischen Frauenforschung zur politischen Partizipation von Mädchen und Frauen. Auf Basis entsprechender Untersuchungen wurde herausgearbeitet, dass der politische Bereich strukturell nach wie vor ein Territorium männlicher Erwachsener bildet. (Vgl. Jacobi 1991) Mädchen dürften sich von daher als in doppelter Weise ausgeschlossen erfahren, und zwar zum einen, weil sie zur Gruppe der Jugendlichen gehören und zum anderen, weil sie weiblich sind. Will man also Mädchen und junge Frauen stärker am politischen Geschehen beteiligen, bedarf es einer entsprechenden Kultur der Beteiligung, die jungen weiblichen Personen mit ihren spezifischen Interessen eine Stimme verleiht. (Vgl. Gilligan 1996, Benjamin 1996a und Eckart 1993)

Das letzte Kapitel dieser Studie widmet sich den historisch-systematischen und sozialphilosophischen Grundlagen der Anerkennungsthematik. Das hier im Sinne der Grounded Theory (vgl. Glaser/Strauss 1995 und 1998, Strauss/Corbin 1996 und Strauss 1998) als zentrales Phänomen herausgearbeitete Streben nach Anerkennung ist zwar aus historisch-systematischer Perspektive betrachtet keine neue Erscheinung, die erst im Zuge der Moderne entstanden ist. So gehört es nach Taylor und Todorov zu den menschlichen Grundbedürfnissen. Neu ist, dass Anerkennung bzw. verweigte Anerkennung mit der Ablösung von hierarchischen traditionellen Gesellschaften und der Entstehung demokratisch verfasster Gesellschaftssysteme zum Problem geworden ist. Erst in einer demokratischen Kultur erlangen Forderungen nach Gleichrangigkeit der Kulturen und Geschlechter ihre

moralische Berechtigung und können von daher die Legitimität demokratischer Systeme in Frage stellen.

Honneth entfaltet seine gesellschaftstheoretische Konzeption auf der Basis einer empirischen Verankerung der Anerkennungsthematik. Ähnlich wie Taylor legt er dar, dass Anerkennung bzw. verweigerter Anerkennung in demokratischen Gesellschaften zu einem zentralen Problem wird. Seiner Ansicht nach bedarf es vor dem Hintergrund zunehmender Individualisierung in posttraditionalen Gesellschaften eines normativen Bedeutungshorizonts, der es ermöglicht, Differenzen anzuerkennen. Dieser für die Anerkennungsform der Solidarität zentrale Werthorizont sei in der durch die Vielfalt der Lebensformen und Deutungsmuster geprägten Gesellschaft weitgehend in Auflösung begriffen. Er zeichnet sich durch die wechselseitige Wertschätzung von Personen aus, die sich auf ein gemeinsames Ziel bzw. eine gemeinsame Lebenspraxis beziehen. Eine Quelle dieser Solidarität könnte – neben der Umverteilung von Arbeit – die Bindung der Gesellschaftsmitglieder an freiheitsverbürgende Institutionen, die sie sich selbst geschaffen haben und an denen sie partizipieren, bilden. Viele der in dieser Arbeit empirisch identifizierten Tendenzen sprechen dafür, dass diese Identifikation mit der Gemeinschaft bei Jugendlichen, jedenfalls, was die Bindung an freiheitsverbürgende politische Institutionen anbelangt, nur in geringem Maße gegeben ist. Dies könnte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass die Lebensphase Jugend in spezifischer Art und Weise von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen tangiert ist. Auf Basis modernisierungstheoretischer Konzeptionen (vgl. Beck 1996, Kohli 1985) sowie Analysen der pädagogischen und sozialwissenschaftlichen Jugendforschung (z.B. bei Heitmeyer/Olk 1990, Zinnecker 1991, Hornstein 1999) ist erstens eine zunehmende Autonomie der Lebensphase Jugend und damit verknüpft eine vergleichsweise lange Dauer der Ausgliederung aus der Erwachsenenwelt und zweitens eine doppelte Risikoerfahrung junger Leute festzustellen. Letztere äußert sich zum einen in der ausgeprägten Sensibilität der jungen Generation für Themenstellungen, die mit den Risiken des technischen Fortschritts verbunden sind, und zum anderen darin, dass Heranwachsende vor der Situation stehen, "risikofolle [...] individuell lebensplanerische [...] Entscheidungen" (Hornstein 1991, 212) zu treffen. Im Bereich der

Politik scheint diese Entwicklung bisher kaum zur Kenntnis genommen zu werden. Jedenfalls sehen sich Jugendliche hier in großen Maße behandelt, als befänden sie sich in einer Übergangsphase zum Erwachsenenstadium, nämlich als Objekte politischer Entscheidungen und politischer Bildung. Als ein zentrales Ergebnis lässt sich also an dieser Stelle festhalten, dass die Politik junge Leute offenbar nicht oder kaum erreichen kann, weil sie nicht angemessen auf die aktuelle Situation Jugendlicher reagiert. Mag der Ausschluss von Jugendlichen etwa in den 50er und 60er Jahren, als die Lebensphase Jugend eher als Übergangsmoratorium zum Erwachsenenalter begriffen werden konnte denn als eigenständige Statuspassage (vgl. Kap. 10.3), noch nicht weiter problematisch gewesen sein. So stellt er sich auf Basis des Strukturwandels Jugendphase von einem Übergangs- zu einem Bildungsmoratorium (vgl. Zinnecker 1991) heute als gesellschaftliches Problem dar, das sich in einer mangelnden gesellschaftlichen Integration junger Leute äußert, die ihren Ausdruck in einer Abwendung Jugendlicher von den politischen Institutionen und ihren Vertretern findet. Auch zunehmende Gewalthandlungen Jugendlicher dürften sich zum Teil vor dem Hintergrund der hier beschriebenen Desintegrationsprozesse erklären lassen. (Vgl. dazu Heitmeyer 1993 und Böttger 1998)

Resümierend kann also festgehalten werden, dass bei Jugendlichen auf Grund der von ihnen erlebten mangelnden Anerkennung im Bereich der konventionellen Politik eine zunehmende Distanzierung vom politischen Bereich zu beobachten ist. Politik ist – wie eine Interviewpartnerin es ausgedrückt – irgendwo "*da hinten*" und hat offenbar aus Sicht von jungen Leuten wenig Bezug zu ihren Interessen und Problemen. Will man dieser Distanzierung entgegenwirken, ist es einerseits sinnvoll, nach adäquaten, altersgerechten politischen Mitwirkungsmöglichkeiten zu suchen, in denen die Wünsche, Probleme und Vorstellungen von Jugendlichen eine Wertschätzung erhalten. Andererseits könnte die Kritik junger Menschen an den Inhalten und Formen etablierter Politik aber ebenfalls zum Anlass genommen werden, um sich mit entsprechenden Veränderungsmöglichkeiten im Bereich der Politik auseinander zu setzen. So sollten, wie auch Helen Wilkinson, Forschungsleiterin am Londoner Demos-Institut, fordert, PolitikerInnen der jungen Generation "auf halbem Wege" (Wilkinson

1997, 122) entgegenkommen. Dazu wäre es erforderlich, "Politik ehrlicher und offener zu gestalten, weniger als Monolog und stärker als Dialog, stärker an klaren ethischen Prinzipien orientiert und weniger in ideologischen Dogmen, mit dem Ziel nicht der Machterhaltung, sondern konkreter Resultate." (Ebd., 122f.)

Will man junge Leute – und für Erwachsene trifft dies sicher auch in großem Maße zu – stärker für Politik interessieren, sollte man ihr Bedürfnis nach einem lebendigen, "emotionalen" Umgang mit politischen Themen und Strukturen ernst nehmen. Dazu bedarf es einer größeren Transparenz politischer Prozesse, neuer kreativer Methoden der Politikvermittlung und vor allem einer stärkeren Einbeziehung verschiedener Stimmen in den politischen Diskurs – Stimmen von Kindern, Jugendlichen, alten Leuten, Frauen, Männern, von Personen aus anderen Kulturen und aus verschiedenen sozialen Milieus. Und dies lässt sich nur über eine Politik der Beteiligung gewährleisten. Auch Beck fordert eine Politik, die stärker auf der Mitverantwortung ihrer BürgerInnen und nicht ausschließlich auf rationalen bzw. den "Effizienzmaßstäben des Berufspolitikers" (Beck 1997a, 30) entsprechenden Elementen basiert, wenn er einen Ausbau und eine Stützung der "Selbstverantwortlichkeit der Bürgergesellschaft" (ebd.) fordert. Dies kann seiner Ansicht nach durch eine "Aufwertung des demokratischen Nahbereichs, der Kommunen und Städte" (ebd.) und eben durch eine lebendigere Gestaltung politischer Interaktion geschehen. "Politik in der demokratischen Gesellschaft darf nicht nur rational, muß auch *emotional* sein. Es geht um effiziente Lösungen, aber zugleich auch um Leidenschaften, Zuhören-Können, Gerechtigkeit, Interessen, Vertrauen, Identitäten, notwendigen Streit; im übrigen um sachlich so komplexe Materialien, daß die immer noch in den Köpfen herumgeisternde Vorstellung des einen besten Weges völlig illusorisch ist." (Ebd., Herv. i.Orig.)

Letztlich reicht es also nicht aus, "lediglich den Versuch zu unternehmen, Politik besser zu verkaufen oder demokratische Regeln einzuüben. Etwas ernster sollte man die Probleme Jugendlicher schon nehmen." (Fischer 2000a, 282) Dies bedeutet im Übrigen nicht, dass die Politik sich nun stromlinienförmig den Bedürfnissen der jungen Generation anzupassen hätte. Es geht vielmehr darum, Jugendliche nicht ausschließlich als Objekte politischer Erziehung und politischer

Entscheidungen zu betrachten, sondern ihnen in der Politik als Subjekten mit spezifischen Vorstellungen, Problemen und Fähigkeiten einen größeren Stellenwert einzuräumen. (Vgl. Burdewick 2001a) Dies wird vor dem Hintergrund der zunehmenden Eigenständigkeit der Lebensphase Jugend wichtiger denn je. Hier bedarf es ganz im Sinne Honneths "eine[r] radikale[n] Erweiterung von Beziehungen der Solidarität" (Honneth 1998, 287). Grundlage dafür ist die gemeinsame Orientierung an bestimmten Werten, die gleichzeitig eine Anerkennung der Differenzen gewährleistet. Taylor hebt ebenso wie Honneth die Wichtigkeit eines allen gemeinsamen Bedeutungshorizonts für die Anerkennung der Differenzen hervor. Eine Basis für die Schaffung eines solchen Horizontes sei der "Ausbau und die Hege unserer Wertungsgemeinsamkeiten [...]; und eines der maßgeblichen Verfahren um das zu erreichen, wäre ein politisches Leben der Beteiligung." (Taylor 1997b, 63)

Für die politische Beteiligung von Jugendlichen lassen sich aus den Befunden dieser Studie zwei wesentliche Aspekte ableiten. Zum einen sollten junge Leute durch pädagogische Flankierungen etwa in der Schule, im Elternhaus und in entsprechenden Beteiligungsmodellen befähigt werden, sich selbstbewusst und selbstständig für ihre eigenen Interessen einzusetzen. Die Vermittlung von Normen und Wertvorstellungen dient dabei nicht vorrangig der Integration in vorgegebene soziale und politische Muster, sondern hat die Aufgabe, den Heranwachsenden "zu eigenen tragfähigen Orientierungsmustern zu verhelfen, mit denen sie sich identifizieren, die sie aber auch (in altersgemäßer Form) reflektieren bzw. hinterfragen können." (Leu 1999, 86) Andererseits sollte für Heranwachsende eine politische Kultur der Beteiligung geschaffen werden, die sie als Experten und Expertinnen in eigener Sache anerkennt und es ihnen viel stärker ermöglicht, sich als wertvoll für die Gemeinschaft zu erfahren, als dies bisher der Fall ist. Dazu gehört auch eine Ausweitung der rechtlichen Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung für Jugendliche. Ein Schritt in diese Richtung könnte die Herabsetzung des aktiven Wahlrechts auf etwa 16 Jahre, nicht nur bei den Kommunal- sondern auch bei den Bundestagswahlen, genauso sein wie eine Ausweitung der rechtlichen Verankerung der Partizipation beispielsweise in den Gemeindeordnungen der jeweiligen Bundesländer. Hier bedarf es noch